



AUSWÄRTIGES AMT

PRESSEREFERAT



Freitag, 19. Januar 2007
022/07

Präsidentschaftserklärung zur Lage in Guinea

Die Europäische Union betrachtet die Verschärfung der Spannungen in der Republik Guinea mit großer Sorge. Besonders erschreckend ist der Verlust von Menschenleben bei den Demonstrationen in Conakry, Labé und Mamou am 17. und 18. Januar.

Die Präsidentschaft der EU fordert alle Beteiligten auf, sich friedlich zu verhalten und alles zu unterlassen, was gewaltsame Auseinandersetzungen hervorrufen könnte.

Sie appelliert an die Regierung, an die Gewerkschaften, an die Sicherheitskräfte, an die politischen Parteien und an die Verantwortlichen innerhalb der Zivilgesellschaft, ihren Dialog fortzuführen. Alle Beteiligten müssen sich darum bemühen, dass politische Veränderungen, die für notwendig erachtet werden, mit friedlichen Mitteln und im Einklang mit der Verfassung durchgeführt werden können.

Die Europäische Union bekräftigt ihren Willen, den Demokratisierungsprozess und die Stärkung des Rechtsstaates in Guinea zu unterstützen.

Pressereferat - Auswärtiges Amt
Berlin, 19.01.2007